

# Preussische Gesetzsammlung

1929

Ausgegeben zu Berlin, den 13. August 1929

Nr. 24

Tag	Inhalt:	Seite
9. 8. 29.	Gesetz über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänen usw. . . . .	169
27. 7. 29.	Verordnung über die einheitliche Auflösung der gebundenen Vermögensmasse des vormals in Hessen regierenden Fürstenhauses . . . . .	170
	Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen . . . . .	171
	Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw. . . . .	171

(Nr. 13447.) Gesetz über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänen und anderen domänenfiskalischen Grundstücken. Vom 9. August 1929.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

## § 1.

Dem Staatsministerium wird ein Betrag von 1 000 000 *RM* zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänen und anderen domänenfiskalischen Grundstücken zur Verfügung gestellt.

## § 2.

(1) Der Finanzminister wird ermächtigt, die im § 1 bewilligten Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen.

(2) Die Schuld ist in der Art zu tilgen, daß jährlich 1,9 vom Hundert des aufgenommenen Schuldkapitals und die ersparten Zinsen zur Tilgung der gesamten Staatsschuld oder zur Verrechnung auf bewilligte Kredite verwendet werden. Als ersparte Zinsen sind 5 vom Hundert der zur Tilgung der Schuld aufgewendeten oder auf bewilligte Kredite verrechneten Beträge anzusetzen.

## § 3.

Die Ausführung dieses Gesetzes liegt dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und dem Finanzminister ob.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 9. August 1929.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Ingleich für den Finanzminister:

Braun.

Steiger.



(Nr. 13448.) **Verordnung über die einheitliche Auflösung der gebundenen Vermögensmasse des vormals in Hessen regierenden Fürstenhauses, welche die Bezeichnung „Familien-Eigentum des Großherzoglichen Hauses“ führt. Vom 27. Juli 1929.**

Die Auflösung der gebundenen Vermögensmasse des vormals in Hessen regierenden Fürstenhauses, welche die Bezeichnung „Familien-Eigentum des Großherzoglichen Hauses“ führt, erfolgt nach Maßgabe der angeschlossenen Vereinbarung zwischen dem Freistaate Preußen und dem Volksstaate Hessen vom 12. Juli 1929.

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Der Justizminister wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung zu erlassen.

Berlin, den 27. Juli 1929.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium

Braun. Schmidt.

**Vereinbarung zwischen dem Freistaate Preußen und dem Volksstaate Hessen wegen einheitlicher Auflösung der gebundenen Vermögensmasse des vormals in Hessen regierenden Fürstenhauses, welche die Bezeichnung „Familien-Eigentum des Großherzoglichen Hauses“ führt.**

#### § 1.

Die gebundene Vermögensmasse soll mit sofortiger Wirksamkeit einheitlich aufgelöst werden auf Grund der hessischen Gesetzgebung — insbesondere des hessischen Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikomnisse vom 19. November 1923 (Hessisches Regierungsblatt von 1923 Seite 481 und von 1924 Seite 107) —, soweit nicht im Nachstehenden etwas anderes bestimmt ist.

#### § 2.

Die Auflösung wird auch für die in Preußen befindlichen Teile der gebundenen Vermögensmasse von den nach der hessischen Gesetzgebung hierzu berufenen Stellen durchgeführt. Zuständige Fideikommissauflösungsbehörde ist das Landgericht in Darmstadt.

#### § 3.

Alle Bindungen, welchen die Vermögensmasse zugunsten von Familienmitgliedern oder Nachfolgeberechtigten etwa unterliegt, endigen mit dem Zeitpunkt, der sich aus dem hierüber zu erlassenden rechtskräftigen Fideikommissauflösungsbeschlusse ergibt.

#### § 4.

Eintragungen in Grundbücher und sonstige öffentliche Bücher oder Register, die der Vollziehung des Fideikommissauflösungsbeschlusses dienen, erfolgen, auch soweit es sich um die in Preußen befindlichen Teile der Vermögensmasse handelt, auf Ersuchen der Fideikommissauflösungsbehörde. Ersuchen dieser Art an preußische Behörden bedürfen jedoch der von der Fideikommissauflösungsbehörde unmittelbar einzuholenden Zustimmung des preußischen Auflösungsamts für Familiengüter in Kassel. Im übrigen gelten, auch soweit die Ersuchen an preußische Behörden gerichtet sind, die einschlägigen hessischen Bestimmungen.



Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Fideikommissauflösungsbehörde und dem preußischen Auflösungsamt für Familiengüter in Kassel entscheidet ein Schiedsgericht, das sich aus je einem Mitgliede der hessischen Fideikommissauflösungsbehörde und des preußischen Auflösungsamts in Kassel als Beisitzern und aus einem von dem Hessischen Minister der Justiz zu bestellenden Mitgliede als Vorsitzenden zusammensetzt.

Berlin, den 12. Juli 1929.

Im Namen der Preußischen Staatsregierung auf Grund der vom Preußischen Staatsministerium unter dem 6. Juli 1929 erteilten Vollmacht

Dr. jur. Oskar Kläffel

Ministerialdirigent,  
Präsident des Landesamts für Familiengüter.

Im Namen der Hessischen Staatsregierung auf Grund der Vollmacht des Hessischen Gesamtministeriums vom 4. Juli 1929

August Ruß

Gesandter,  
Stellvertreter des Bevollmächtigten zum Reichsrat.

---

## Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen

(§ 2 des Gesetzes vom 9. August 1924 — Gesetzamml. S. 597).

In Nr. 14 des Ministerialblatts der Handels- und Gewerbeverwaltung vom 2. August 1929 auf Seite 206 ff. ist ein Erlaß vom 24. Juli 1929, betreffend die Ausführungsanweisung zu Titel VI und VI a der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, veröffentlicht, der sofort in Kraft getreten ist.

Berlin, den 6. August 1929.

Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe.

---

## Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 6. Mai 1929  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Ruppertsheim für die Erweiterung der Wasserversorgungsanlage  
durch das Amtsblatt der Regierung in Wiesbaden Nr. 28 S. 89, ausgegeben am 13. Juli 1929;
2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1929  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Elektrowerke, Aktiengesellschaft in Berlin, für den Bau einer 100 000 Volt-Doppelleitung von Zschornowitz nach Bitterfeld  
durch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Nr. 31 S. 139, ausgegeben am 3. August 1929;
3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 29. Juni 1929  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gewerkschaft Michel in Halle a. S. für den Betrieb ihres Braunkohlenwerkes Grube Michel bei Kunstedt  
durch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Nr. 29 S. 127, ausgegeben am 20. Juli 1929;



4. der Erlass des Preussischen Staatsministeriums vom 18. Juli 1929  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die F. G. Farbenindustrie, Aktiengesellschaft  
in Frankfurt a. M., für den Betrieb ihres Braunkohlenwerkes Grube Theodor bei  
Bitterfeld  
durch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Nr. 31 S. 139, ausgegeben am 3. August 1929;
5. der Erlass des Preussischen Staatsministeriums vom 20. Juli 1929  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Elektrische Kleinbahn im Mansfelder  
Bergrevier, Aktiengesellschaft in Halle a. S., für den Bau je einer mit einer Spannung  
bis zu 30 000 Volt zu betreibenden Leitung von Leimbach nach Quenstedt mit Ab-  
zweigungen nach Rödgen, Meisberg, Ritterrode, Walbeck und Pfersdorf und von Kreisfeld  
nach Riestedt mit Abzweigungen nach Blantenhain, Emseloh und Kaltenborn  
durch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Nr. 31 S. 140, ausgegeben am 3. August 1929.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Gedruckt von der Preussischen Druckerei- und  
Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin.

Verlag: R. von Decker's Verlag (G. Schenck), Berlin W. 9, Linienstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,05 RM. vierteljährlich);  
einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlage und durch den Buchhandel bezogen werden.

Preis für den achtfelligen Bogen 20 Pf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. S. Preisermäßigung.